Deutscher Bundestag **Drucksache 17/9480**

17. Wahlperiode 27. 04. 2012

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Kerstin Griese, Dr. Eva Högl, Michael Roth (Heringen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD – Drucksache 17/9154 –

Nationales Reformprogramm 2012 muss soziale Ziele der Strategie „Europa 2020“ berücksichtigen

A. Problem

Gleichrangige Berücksichtigung der sozialen Ziele der Strategie „Europa 2020“ bei den zukünftigen nationalen Reformprogrammen und dem Ziel der Haushaltskonsolidierung und Stabilisierung des Finanzsektors.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Keine.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 17/9154 abzulehnen.

Berlin, den 25. April 2012

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie

Ernst Hinsken Vorsitzender	**Lena Strothmann** Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Lena Strothmann

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 17/9154** wurde in der 172. Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. März 2012 an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie zur federführenden Beratung sowie zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Arbeit und Soziales, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antrag stellende Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, die Nationalen Reformprogramme Deutschlands zukünftig an den sozialen Zielen der Strategie „Europa 2020“ zu orientieren. Andere wichtige Ziele der Strategie wie die Haushaltskonsolidierung und die Stabilisierung des Finanzsektors sollten gleichrangig berücksichtigt werden.

Angesichts der andauernden Wirtschafts- und Finanzkrise komme den sozialen Kernzielen der Strategie eine besondere Bedeutung zu. Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, Maßnahmen zu ergreifen, um Armut und soziale Ausgrenzung in Deutschland wirksam zu bekämpfen. Dazu gehörten unter anderem ein gesetzlicher Mindestlohn, eine bessere Regulierung der Arbeitnehmerüberlassung, eine Verbesserung der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Risikogruppen und mehr Anstrengungen in der Bildungspolitik.

Zum Handlungsbedarf in Deutschland verweist die Fraktion der SPD auf die gute wirtschaftliche Lage, die genutzt werden müsse, um die Folgen eines möglichen wirtschaftlichen Abschwungs in der Zukunft für die Menschen abzumildern. Die Bundesregierung wird aufgefordert, die europäische Sparpolitik durch eine soziale Wachstumspolitik zu ergänzen.

Wegen der Einzelheiten wird auf Drucksache 17/9154 verwiesen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 87. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 101. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 64. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 72. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 64. Sitzung am 25. April 2012 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE. dessen Ablehnung.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Wirtschaft und Technologie hat den Antrag auf Drucksache 17/9154 in seiner 67. Sitzung am 25. April 2012 beraten.

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion DIE LINKE., dem Deutschen Bundestag die Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/9154 zu empfehlen.

Berlin, den 25. April 2012

Lena Strothmann
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin, www.heenemann-druck.de
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 10 05 34, 50445 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Fax (02 21) 97 66 83 44, www.betrifft-gesetze.de
ISSN 0722-8333